

Infodienst

Nachrichten aus Feuerwehr, Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst und Krisenmanagement

Nummer 2 Jahrgang 2019

11. Februar 2019

Erweiterung der Landesfeuerwehrschule – Ausbildungskapazität wird um 25 Prozent erhöht

(ID) Die Landesfeuerwehrschule ist die zentrale Aus- und Fortbildungseinrichtung der Feuerwehren im Land. Gemeinsam mit der Akademie für Gefahrenabwehr deckt sie in rund 70 Lehrgängen und Seminaren Themen der Feuerwehr- und Katastrophenschutz Ausbildung ab. Jährlich werden mehr als 6.500 Fach- und Führungskräfte geschult. Jetzt wird die Schule erweitert und die Ausbildungskapazität damit deutlich erhöht.

„Wir bauen die Landesfeuerwehrschule weiter aus und stärken die Feuerwehren in unserem Land. Die Feuerwehr bedeutet Sicherheit. Rund 110.000 Feuerwehrmänner und -frauen in den Einsatzabteilungen bei den Freiwilligen Feuerwehren und Berufsfeuerwehren im Land stehen allzeit bereit, um Menschen zu helfen, die in – oft lebensbedrohenden – Notlagen sind. Sie brauchen für ihre schwierige, anspruchsvolle Arbeit eine moderne, zeitgemäße Ausrüstung, sie brauchen vor allem aber auch eine ausgezeichnete, hochklassige Ausbildung. Diese bekommen sie in der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal, und die bauen wir jetzt noch deutlich aus. Mit 25 Prozent mehr Ausbildungskapazität erreichen wir eine sichere und zukunftsfähige Aus- und Fortbildung unserer Feuerwehren“, sagte Innenminister Thomas Strobl am 16. Januar in Stuttgart.



Innenminister Thomas Strobl (Zweiter von rechts), der Präsident des Landesfeuerwehrverbandes, Dr. Frank Knödler (Zweiter von links), Schulleiter Thomas Egelhaaf (rechts) und Abteilungsleiter Prof. Hermann Schröder (links) vor dem Modell der Landesfeuerwehrschule.

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
Abt. 6 – Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement
Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart
Tel.: (0711) 231 - 4
E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion:

Prof. Hermann Schröder (v.i.S.d.P.)
Kim Dunklau-Fox

Layout / Gestaltung:

Kim Dunklau-Fox

Quellen:

Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.

Hinweis:

Der Nachdruck der mit (ID) gekennzeichneten Beiträge ist unter der Quellenangabe des Herausgebers erlaubt.

Bei der Landesfeuerwehrschule ist hoher Sachverstand für die Aus- und Fortbildung der Feuerwehrleute im Land unter einem Dach gebündelt: „Damit ist die Landesfeuerwehrschule ein unersetzlicher Baustein der Sicherheitsarchitektur in Baden-Württemberg“, so Innenminister Strobl.

Bereits bei der Entscheidung zum Neubau der Landesfeuerwehrschule im Jahr 2009 war vorgesehen, nach dem Bezug des Neubaus den Ausbildungsbedarf der Feuerwehren zu überprüfen und mit der Ausbildungskapazität abzugleichen. Schon damals wurde vorausschauend die Planung der neuen Landesfeuerwehrschule so

angelegt, dass eine Kapazitätserweiterung möglich ist.

Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration hat gemeinsam mit der Landesfeuerwehrschule eine „Projektgruppe Bedarf“ eingerichtet, an der alle im Feuerwehrwesen tätigen Gremien beteiligt waren. Die Projektgruppe hat jetzt den Ausbildungsbedarf für die Feuerwehrleute in Baden-Württemberg ermittelt. Im nächsten Schritt wird gemeinsam mit dem Finanzministerium und der Landesfeuerwehrschule detailliert erarbeitet, wieviel Lehrpersonal und Räume benötigt und wie hoch die Baukosten sein werden.



Abteilung 6 des Innenministeriums nimmt länderübergreifende Aufgabe in der europäischen und internationalen Normungsarbeit wahr

(ID) Zum 1. Januar 2019 wurde im Innenministerium eine Referentenstelle für europäische und internationale Normungsarbeit besetzt. Aufgabe wird es insbesondere sein, in den zuständigen Normungsgremien mitzuwirken und den Informationsaustausch zu den Ländern und dem DFV sicherzustellen sowie deren Einfluss verstärkt geltend zu machen.



Staatssekretär Wilfried Klenk MdL, der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hartmut Ziebs, und Prof. Hermann Schröder (v.r.n.l.)

Die Innenminister und -senatoren der Länder haben daher gemeinsam mit dem Deutschen Feuerwehrverband eine hauptamtliche Stelle geschaffen und diese der Abteilung 6 „Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement“ im baden-württembergischen Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration übertragen. Zum 1. Januar 2019 wurde nun eine Referentenstelle für europäische und internationale Normungsarbeit erstmals besetzt. Die Stelleninhaber

in, Nina Grözinger M.A., ist den Feuerwehren aus ihrer bisherigen Tätigkeit an der Akademie der Gefahrenabwehr bei der Landesfeuerwehrschule bekannt.

Aufgabe wird es insbesondere sein, in den zuständigen Normungsgremien mitzuwirken und den Informationsaustausch zu den Ländern und dem DFV sicherzustellen sowie deren Einfluss

verstärkt geltend zu machen. Zuständig sind in der Normung auf deutscher Seite der „Fachbereichsausschuss Sicherheit und Schutz des Gemeinwesens“ des DIN-Normenausschusses Feuerwehrwesen (FNFW) unter Leitung von Prof. Ernst-Peter Döbbling, sowie die Arbeitsausschüsse „Technische Normen für die zivile Sicherheit“ (Obmann Mario König von der Feuerwehr Mannheim) und „Organisations- und Steuerungsnormen für den Bevölkerungsschutz“. Ziel dieses Normbereiches ist das Krisenmanagement und die Krisenreaktionsfähigkeit sowie die Aufrechterhaltung wirtschaftlicher und staatlicher Funktionsfähigkeit zu verbessern.

Im Rahmen der künftigen Zusammenarbeit zwischen den Ländern und dem Deutschen Feuerwehrverband freute sich Staatssekretär Wilfried Klenk MdL, den Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hartmut Ziebs, im Innenministerium zu einem ersten Abstimmungsgespräch mit dem zuständigen Abteilungsleiter, Prof. Hermann Schröder, begrüßen zu können.

Die Aktivitäten zu weltweiten und europäischen Standardisierungen im Brand-, Katastrophen- und Zivilschutz gewinnen immer mehr an Bedeutung. Die festgelegten Standards haben oft direkten Einfluss auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Länder und der Deutsche Feuerwehrverband wollen ihren Einfluss künftig konsequent geltend machen.

Organisatorische Änderung beim Funk- und Fernmeldewesen im Innenministerium

(ID) Die Zuständigkeiten für das Funk- und Fernmeldewesen haben im Januar vom Referat 65 – Krisenmanagement zum Referat 62 – Feuerwehr und Brandschutz gewechselt.

Am 15. Januar 2019 übergab Michael Willms, Referatsleiter Krisenmanagement, die Zuständigkeit für den Aufgabenbereich „Funk- und Fernmeldewesen“ an Landesbranddirektor Volker Velten, Referatsleiter Feuerwehr und Brandschutz. Die bislang für diesen Bereich zuständigen Kollegen Andreas Schmidt, Harald Bloching, Torsten Neuhoff und Simon Menzel stehen wie gewohnt als Ansprechpartner zur Verfügung, da sie mit der Aufgabe ins Referat 62 gewechselt sind.

In einer ersten Zwischenbilanz lässt sich feststellen, dass in den vergangenen zwei Jahren deutliche Fortschritte bei der Einführung des Digitalfunks in Baden-Württemberg erreicht werden konnten. So steht beispielsweise mit der so genannten flächendeckenden „netzseitigen Leitstellenanbindung“, also die Herstellung einer direkten Verbindung der Leitstellen zum Digital-

funknetz in Baden-Württemberg, ein entscheidendes Teilprojekt kurz vor dem Abschluss. Sechs Leitstellen haben bereits angezeigt, dass sie darüber hinaus auch schon die leitstellenseitige Ertüchtigung abgeschlossen haben, so dass mit der Umstellung der Fahrzeuge und ortsfesten Funkanlagen von Analog- auf Digitalfunk begonnen werden konnte.

Die Technische Betriebsstelle Digitalfunk für Feuerwehr und Katastrophenschutz, die unter anderem für die Erstellung von Programmiervorlagen für die Digitalfunkgeräte und die Personalisierung der BSI-Sicherheitskarten verantwortlich zeichnet, konnte in den Räumen des Präsidiums Technik, Logistik, Service der Polizei eingerichtet werden. Durch die räumliche Nähe zu den polizeilichen Kollegen des Digitalfunks BOS sind eine enge Zusammenarbeit und ein schneller Informations-

austausch sichergestellt.

Zudem wurden in der Schriftenreihe „Regelungen zum Betriebshandbuch“ des Digitalfunks BOS bislang acht Handreichungen zur Nutzung des Digitalfunks BOS in Baden-Württemberg veröffentlicht. Ziel der Schriftenreihe ist es, die allgemeinen Grundlagen und Zusammenhänge des Digitalfunks zu erläutern und die Umsetzung und Nutzung bei Feuerwehren, im Rettungsdienst und im Katastrophenschutz in Baden-Württemberg verbindlich zu regeln.

Die Schriftenreihe finden Sie unter: <http://kurzelinks.de/7lj8>.

Michael Willms dankte den Kollegen für die bislang geleistete engagierte Arbeit in seinem Referat und wünschte ihnen weiterhin viel Erfolg bei den anstehenden weiteren Herausforderungen.

Amtliche Warnung der Bevölkerung – Weiterentwicklungen von MoWaS

(ID) Staatssekretär Wilfried Klenk MdL und der Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Christoph Unger, haben am 25. Januar in der Leitstelle für Sicherheit und Mobilität Stuttgart (SIMOS) ein Update des Warnsystems MoWaS und die dazugehörige Warn-App NINA vorgestellt.



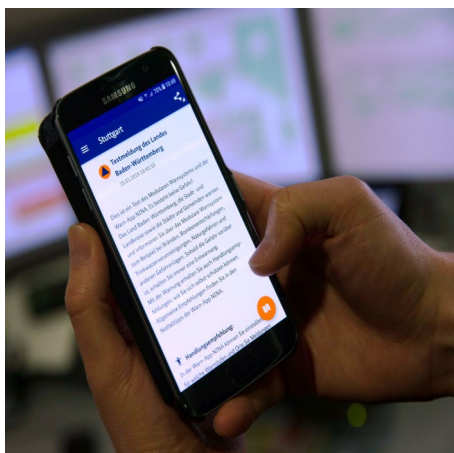
(v.r.n.l.): Staatssekretär Wilfried Klenk MdL, Christoph Unger, Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, und Stadtdirektor Dr. Frank Knödler (Stadt Stuttgart)
Beide Bilder auf dieser Seite: Lichtgut/Leif Piechowski

Seit Oktober 2016 setzt das Land Baden-Württemberg bei der amtlichen Warnung der Bevölkerung landesweit erfolgreich auf das im gesamten Bundesgebiet verfügbare satellitengestützte modulare Warnsystem des Bundes, kurz: MoWaS, um Menschen vor Gefahrensituationen zu warnen. Das BBK hat mit Unterstützung der Länder in Ergänzung zum bestehenden modularen Warnsystem eine web-basierte MoWaS-Version entwickelt, die in den Integrierten Leitstellen eingesetzt werden kann. Damit wird der Meldeweg verkürzt und die kommunale Ebene noch besser an MoWaS angebunden. „Die Anbindung der Leitstellen ermöglicht eine schnelle und zeitgemäße

Warnung, die auch die passenden Handlungsempfehlungen umfasst. Dies ist gerade auch vor dem Hintergrund sich häufender Unwetterereignisse und der sich verschärfenden Sicherheitslage in Europa ein wesentlicher Bestandteil des Bevölkerungsschutzes“, unterstrich Präsident Unger die Bedeutung des Warnsystems.

Ein wesentlicher Bestandteil von MoWaS ist die dazugehörige Warn-App NINA. „In einer digitalen Welt braucht es ein digitales Angebot. Das ist die dazugehörige Warn-App NINA, die Notfall-Informations- und Nachrichten-App – die ‚Sirene für die Hosentasche‘. Sie setzt flächendeckend in ganz Baden-Württemberg die amtlichen Warnungen um“, sagte Staatssekretär Wilfried Klenk MdL.

Seit Einführung des Systems ist die Zahl der Warnungen kontinuierlich gestiegen. Bis Ende 2018 sind bereits 133 Warnmeldungen über MoWaS gesteuert worden, davon in 2016 (ab Oktober) sieben Meldungen, im Jahr 2017 bereits 36 Meldungen und im vergangenen Jahr 90 Meldungen. Die meisten Warnmeldungen sind dabei von den Städten, Gemeinden und Landkreisen in Baden-Württemberg veranlasst worden, zum Beispiel bei



Die Testmeldung des Landes Baden-Württemberg auf NINA.



NINA ist jetzt mit BIWAPP und KATWARN verknüpft

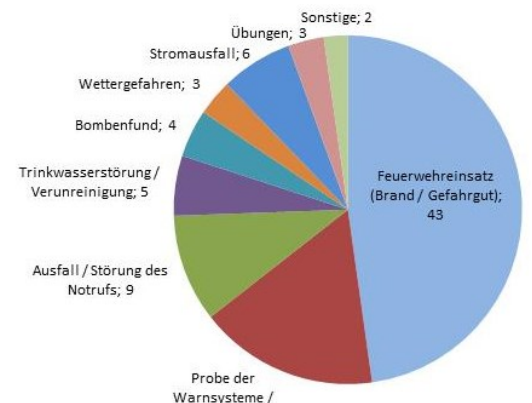
Seit 1. Februar ist die NINA-Version 2.3 flächendeckend ausgerollt. Damit ist die Verknüpfung mit KATWARN und BIWAPP realisiert.

Das bedeutet:

1. Mit einer MoWaS-Eingabe können zukünftig die drei Apps direkt mit den Meldungen beliefert werden.
2. Warnmeldungen aus KATWARN oder BIWAPP werden unmittelbar an die NINA-App übergeben. Ein Eingang in MoWaS erfolgt nicht.

Eine Warnung soll möglichst viele Menschen auf mehreren Wegen erreichen – diesem Ziel sind wir mit der Verknüpfung der Warn-Apps einen entscheidenden Schritt näher gekommen!

Bränden, Bombenentschärfungen, Trinkwasserverunreinigungen oder bei Ausfall der Notruf-Nummern. Die Grafik zeigt die Warnanlässe für das Jahr 2018 nach Kategorien.



Meldungen nach Kategorien im Jahr 2018
Quelle: Innenministerium BW

Einen aktuellen Bericht der SWR-Landesschau Baden-Württemberg über die Warn-App NINA finden Sie hier: <http://kurzelinks.de/2ccz>. Dort erklärt Michael Willms, Leiter des Referats Krisenmanagement, wie die "Sirene für die Hosentasche" funktioniert.

Weitere Informationen zur Warnung der Bevölkerung finden Sie auf der Homepage des Innenministeriums unter <http://kurzelinks.de/r5to>.



Nun ist es so weit: Die neue Elektronische Lagedarstellung für den Bevölkerungsschutz (ELD-BS) ist im Wirkbetrieb

(ID) Mit der ELD-BS steht den Katastrophenschutzbehörden ein einfach zu bedienendes, funktional einsetzbares Werkzeug zur hierarchieübergreifenden Unterstützung der Stabsarbeit zur Verfügung. Die Anwendung wurde jetzt überarbeitet und bietet einige neue Möglichkeiten in der Lagedarstellung.



Die bisher laufende Version der ELD-BS war anlässlich des Nato-Gipfels 2009 von unserem Entwicklungspartner Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung (IOSB) in Karlsruhe entwickelt worden und steht seitdem den Katastrophenschutzbehörden als einfach zu bedienendes, funktional einsetzbares Werkzeug zur hierarchieübergreifenden Unterstützung der Stabsarbeit (Stabsinformationssystem) zur Verfügung. Die ELD-BS unterstützt die Kommunikation und den Informationsaustausch zwischen den zugriffsberechtigten Stellen, insbesondere dem Innenministerium, den Regierungspräsidien und den unteren Katastrophenschutzbehörden, im Ereignisfall und ist für die Stabsarbeit, im Sinne einer landesweiten, umfassenden Lagebewertung, unverzichtbar. Sie wird inzwischen umfangreich im Rahmen von Einsatz- und Übungslagen genutzt.

Mit der neuen Version der ELD-BS

setzt das Innenministerium für den Bevölkerungsschutz in Baden-Württemberg neue Maßstäbe, die wir wiederum mit Fraunhofer IOSB auf Basis der bisherigen Erfahrungen weiterentwickelt haben. Die Anwendung begrüßt die Nutzer fortan auf der „Cockpitseite“ im modernen, innovativen Kachel-Design und ermöglicht so einen ersten Gesamtüberblick auf die vielfältigen Teilanwendungen der ELD-BS. Die Ansprüche an die Entwickler waren hoch, ein hohes Sicherheitsniveau bei gleichzeitiger Nutzerfreundlichkeit sicherzustellen und den nutzenden Stellen weitere Mehrwerte zu gewährleisten. Neue Möglichkeiten in der Lagedarstellung, wie der automatisierte Informationsaustausch mit den radiologischen Lagezentren auf Bundes- und Landesebene, die Darstellung der Maßnahmen der höheren Katastrophenschutzbehörden nach kerntechnischen Unfällen, die Einstellung besonderer Termine für den Bevölkerungsschutz und von Übungsterminen, der Schnellzugriff auf Links zu interessanten Partnerorganisationen und Behörden sowie der Direktzugriff auf die täglichen Lageberichte des Gemeinsamen Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ) zeigen die Vielfalt der Anwendungsmöglichkeiten. Die Fähigkeit, Informationen und Bedie-

nungsanleitungen zu den vom Land zur Verfügung gestellten Fahrzeugen und Ausstattungen des Katastrophenschutzes zentral bereit zu stellen und die Notfallstationen im Einsatzfall mit Informationen zu versorgen, sind weitere Bausteine der ELD-BS. Ergänzende Komponenten wie das Dokumentenaustauschportal (ELD-DOK) zur landesweiten, zielgruppenorientierten Verteilung von Katastropheneinsatzplänen und die integrierte, gis-basierte Krisenobjektdatenbank (KODB), die die Katastrophenschutzbehörden in der Planung von großflächigen Einsatzlagen, wie z. B. Evakuierungen, unterstützt, runden das Portfolio ab. Vorläufig steht die ELD-BS den Katastrophenschutzbehörden sowie weiteren berechtigten Behörden zur Verfügung.

In Abstimmung mit Fraunhofer IOSB und unserem zentralen IT-Dienstleister BITBW, steht den nutzungsberechtigten Anwendern die ELD-BS ab sofort zur Verfügung. Viele Funktionen und Arbeitsschritte in der Anwendung der ELD-BS werden den bisherigen Nutzern bekannt vorkommen. Neben der geplanten Durchführung zentraler Multiplikatorenschulungen für die Anwender, erleichtert eine Handreichung die ersten Schritte in der neuen Umgebung.

Sitzung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Soziale Medien in der Krisenkommunikation“ in Hannover

(ID) Neben einer Kollegin aus Nordrhein-Westfalen ist Sabine Fohler, stellvertretende Referatsleiterin unseres Referats Krisenmanagement, Ländervertreterin des AK V in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Soziale Medien in der Krisenkommunikation“.

Ziel der Arbeitsgruppe ist es, gemeinsam mit den Vertretern der Länderpolizeien abgestimmte Handlungsempfehlungen zur Nutzung von Sozialen Medien bei der Kommunikation in Einsatzlagen zu entwickeln.

Auf der zweiten Sitzung der Arbeitsgruppe in Hannover Ende Januar wurden basierend auf einer Ist-Analyse insgesamt acht Handlungsempfehlungen erarbeitet. Die Empfehlungen greifen die besonderen Charakteristika der Sozialen Medien wie Interaktivität, Schnelligkeit und Transparenz auf und

sollen trotz dieser Herausforderungen eine abgestimmte und widerspruchsfreie Kommunikationsstrategie der an einem Einsatz beteiligten Behörden wie Polizei, Feuerwehr und anderen BOS unterstützen.

Die Handlungsempfehlungen werden derzeit noch endabgestimmt und dann in die entsprechenden Bund-Länder-Gremien eingebracht.



Bild: Polizei Niedersachsen



Tag des Europäischen Notrufs 112

(ID) Am 11. Februar wird mittlerweile zum elften Mal mit einem Aktionstag auf die europäische Notrufnummer 112 aufmerksam gemacht. Der Aktionstag geht zurück auf eine gemeinsame Initiative des Europäischen Parlaments, des Rats der Europäischen Union und der EU-Kommission aus dem Jahr 2009 und soll dazu beitragen, die lebensrettende Rufnummer noch bekannter zu machen.



fürten Umfrage des „Flash Europabaro-meters“ gaben nur 27 Prozent der in ganz Europa Befragten an, die 112 als Notrufnummer zu kennen; in Deutschland waren es gerade mal 17 Prozent der Bürgerinnen und Bürger. Grund genug, mit dem Aktionstag am 11. Februar auf die 112 aufmerksam zu

machen und deren Bekanntheit hoffentlich deutlich zu steigern!

Helfen Sie mit, diese lebenswichtige Rufnummer noch bekannter zu machen. Zum Beispiel mit unserem Medienpaket, bestehend aus einem Flyer, zwei Postern und einem Anzeigentext, in dem wir alle wichtigen Rufnummern und Informationen rund um den Notruf zusammengestellt haben: <http://kurzelinks.de/7chh>.

Unter der gebührenfreien Rufnummer 112 können Hilfesuchende in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowohl im Festnetz als auch mit dem Handy die jeweils zuständige Leitstelle erreichen, um nach einem Unfall, bei Bränden oder anderen Unglücksfällen Hilfe zu holen.

Leider ist die europaweite Notrufnummer nicht so bekannt, wie sie es sein sollte. In einer im Jahr 2013 durchge-



Zahlen, Daten, Fakten

In einer Datenerhebung hat die Europäische Kommission festgestellt, dass die Notrufnummer 112 zwischen dem 1. Juli 2015 und dem 30. Juni 2016 in den Mitgliedstaaten 158.605.429 Mal gewählt worden ist.

In Dänemark, Estland, Finnland, Malta, den Niederlanden, Portugal, Rumänien, Schweden und Island ist die 112 die einzige Notrufnummer. In den Mitgliedstaaten mit mehreren Notrufnummern (z. B. Bulgarien, Deutschland, Ungarn, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Polen und Spanien) wurden mehr als 50 Prozent der Notrufe über die 112 abgesetzt.

Die komplette Datenerhebung (in englischer Sprache) finden Sie unter <http://kurzelinks.de/b4pb>.

Studie zur Bürokratieentlastung im Ehrenamt in Auftrag gegeben

(ID) Die Studie des Normenkontrollrates soll nicht nur den Grad der Bürokratiebelastung von Ehrenämtern feststellen, sondern vor allem Entlastungsmöglichkeiten aufdecken. Daraus werden konkrete Empfehlungen zur Entlastung von Ehrenamtlichen abgeleitet. Bis Herbst 2019 soll die Studie abgeschlossen sein.

Der Normenkontrollrat hat eine Studie zum Thema „Entbürokratisierung bei Vereinen und Ehrenamt“ in Auftrag gegeben, die den Grad der Bürokratiebelastung von gemeinnützigen Vereinen und Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Würt-

temberg repräsentativ ermitteln und Entlastungsmöglichkeiten aufzeigen soll.

Durch die Beseitigung von bürokratischen Hemmnissen für Vereine und ehrenamtliche Einrichtungen soll die



Bild: Adobe Stock

Studie ein Beitrag zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements im Land sein.

Die Studie soll bis Herbst 2019 abgeschlossen sein. Der Normenkontrollrat wird der Landesregierung dann konkrete Empfehlungen zur Entlastung von Ehrenamtlichen von unnötiger Bürokratie vorlegen.



Normenkontrollrat

Die Landesregierung hat im September 2017 ein umfassendes Regierungsprogramm zur Entbürokratisierung verabschiedet. Dazu wurde ein unabhängiger Normenkontrollrat eingerichtet, der seit 1. Januar 2018 im Amt ist.

Dem Normenkontrollrat gehören an:

- Dr. Gisela Meister-Scheufelen (Vorsitzende)
- Bernhard Bauer (stellvertretender Vorsitzender)
- Dr. Rudolf Böhmeler
- Prof. Dr. Gisela Färber
- Claus Munkwitz
- Bürgermeisterin Gerda Stuchlik



Pilotübung Notfallstation

Der Countdown läuft – noch drei Monate bis zur mit Spannung erwarteten Übung

(RP KA) Im Frühjahr wird am Zentrum beruflicher Schulen in Wiesloch die Katastrophenschutz-Pilotübung „Notfallstation Rhein-Neckar-Odenwald 2019“ stattfinden. Die Vorbereitungen hierzu laufen auf Hochtouren.



Bild: Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis

Geplant und durchgeführt wird die Übung von den zu der Arbeitsgemeinschaft Notfallstation Rhein-Neckar-Odenwald (AG NFS R-N-O) zusammengeschlossenen Stadtkreisen Heidelberg und Mannheim sowie dem Neckar-Odenwald-Kreis und dem Rhein-Neckar-Kreis, bei dem auch die Geschäftsstelle der Kooperation angesiedelt ist. Unterstützt wird die Arbeitsgemeinschaft durch das Regierungspräsidium Karlsruhe.

Ziel der Übung sind neben der Erprobung der aktuellen Fassung der Rahmenempfehlungen Notfallstationen und der auf den Abrollbehältern Notfallstation verlasteten Ausstattung sowohl der Aufbau und Betrieb einer Notfallstation als auch das Zusammenwirken der verschiedenen beteiligten Organisationen und Institutionen.

Nach der Auswahl eines geeigneten Übungsobjektes wurden zwischenzeitlich mehrere Gespräche und Ortsbegehungen mit dem Schulträger und der Schulleitung sowie mit den Übungsmitgliedern durchgeführt. Ferner wurden Schulungen der Einsatzkräfte zu den Themen Strahlenschutz und Messtechnik durchgeführt. Geeignete



Notfallstationen sind Einrichtungen des Katastrophenschutzes für die Bevölkerung in der Umgebung kerntechnischer Anlagen. Sie werden in Schulen, Sporthallen, Hallenbädern oder ähnlichen Einrichtungen ortsfest eingerichtet.

Vorrangige Ziele der Notfallstation sind die Feststellung einer möglichen Kontamination betroffener Personen und deren Dekontamination, die Registrierung Betroffener, die Abschätzung einer eventuellen Strahlenbelastung sowie die ärztliche Beratung.

Darüber hinaus ist der Schutz der Einsatzkräfte vor Kontamination wesentlicher Bestandteil des Notfallstationskonzeptes.

Notfallstationen können darüber hinaus u. a. auch zur Dekontamination von Betroffenen bei Unfällen mit chemischen Stoffen genutzt werden.



Bild: Firma Ewers

Ergänzend zu der üblichen, im Katastrophenschutz eingesetzten Ausstattung, werden vom Land spezielle, auf sog. „Abrollbehältern Notfallstation“ verlastete Ausstattungsgegenstände vorgehalten.

Übungsdarsteller galt es in ausreichender Anzahl anzuwerben und Unterweisungen in die vom Bundesamt für Strahlenschutz zur Verfügung gestellte Dosisrekonstruktionssoftware durchzuführen. Zahlreiche weitere Vorgespräche mit Hilfsorganisationen, Behörden und weiteren Akteuren wa-

ren und sind noch notwendig.

Die in der Übung gewonnenen Erkenntnisse sollen in einem Erfahrungsbericht zusammengefasst und anschließend den anderen Notfallstationsakteuren im Land zur Verfügung gestellt werden.

Ausschreibung Fotowettbewerb Europakalender 2020

(ID) Auch in diesem Jahr findet wieder der Fotowettbewerb des baden-württembergischen Ministeriums der Justiz und für Europa in Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission in München statt. Das Motto lautet „Brücken“.

Alle Hobby-Fotografinnen und -Fotografen sind dazu eingeladen, ihre schönsten Bilder zu diesem Thema einzusenden, die in einem der Mitgliedstaaten der EU aufgenommen wurden. Die besten Bilder werden von einer Jury ausgewählt und im Europakalender 2020 veröffentlicht.

Die Ausschreibung mit allen notwendigen Informationen finden Sie auf der Homepage des Justizministerium unter <http://kurzelinks.de/90os> und auf Facebook unter <http://kurzelinks.de/m5tk>.

Machen Sie mit! Einsendeschluss ist der 15. Juli 2019.



Eine Feuerwehrbrücke, die verbindet: die EUROPA I.
Bild: Angehende Berufsfotografen der Gertrud-Luckner-Gewerbeschule in Freiburg

